

DER ANDERE BLICK

## Trump ist kein Anschlag auf die Demokratie – warum es nicht nur in Amerika weniger Pathos und mehr Gelassenheit braucht

Donald Trump mag ein schlechter Präsident sein. Die US-Demokraten haben aber das Impeachment zur parteipolitischen Profilierung missbraucht und es so entwertet. So wird nur die Polarisierung gefördert.

Eric Gujer

07.02.2020, 07.00 Uhr



US-Präsident Donald Trump.

Oliver Contreras / EPA

Halb Amerika und nahezu ganz Europa sind sich einig, dass Donald Trump ein Scheusal ist. Angesichts dieser Stimmung erschien vielen das Impeachment als alternativlos, als ein moralisch gebotener Akt des Widerstands und letztes Aufbäumen der Demokratie vor der totalen Trump-Herrschaft. Nachdem das Verfahren erwartungsgemäss gescheitert ist, kommt nun der Zeitpunkt, um wieder dem Verstand den Vorzug vor Emotionen zu geben.

Zwar findet diese amerikanische Regelung keine Entsprechung in den Verfassungen Europas, aber er gibt einen guten Anlass ab, um zu erörtern, was Polarisierung und Freund-Feind-Denken auch in unseren Gesellschaften anrichten können. Das Beispiel aus Washington ist, je länger man darüber nachdenkt, vor allem eins – abschreckend.

## **Ein bisschen Staatsnotstand**

Das Impeachment bildet einen Fremdkörper im demokratischen Alltag, denn es ruft den Notfall aus: Mit regulären Mitteln kann sich die Republik des Präsidenten nicht erwehren, der zum Tyrannen zu werden droht. Nur die partielle Ausserkraftsetzung demokratischer Normen – die Wahlentscheidung des Souveräns – vermag die Demokratie zu retten.

Das Tribunal vor dem Senat ist ein Zwitter zwischen Gerichtsverfahren und legalem Staatsstreich und gehört mehr zur Sphäre des Ausnahmezustandes als zum demokratischen Normalbetrieb. Es sollte daher das letzte Mittel bleiben.

Zu Beginn seiner Amtszeit orakelte man, vier Jahre Trump würden den Rechtsstaat und die Gewaltenteilung aushebeln und die Demokratie irreparabel beschädigen. Nichts davon bewahrheitete sich. Trump verachtet die Institutionen und er lässt sie das spüren – aber die Justiz funktioniert immer noch, der Kongress hat keines seiner Rechte verloren, die Medien wachen über jede Regung im Weissen Haus, und der Föderalismus bremst jede Selbstermächtigung des Präsidenten.

Daher vermag das endzeitliche Geraune der «Süddeutschen Zeitung» nicht zu überzeugen, die das Impeachment zum heroischen Akt verklärte und den Demokraten applaudierte: «Das waren sie der Ehre ihrer Partei und Amerikas Demokratie schuldig.»

## **Die Republikaner haben die Waffe geladen, die Demokraten feuern sie ab**

Mit nichts lässt sich in den USA ein Notstand rechtfertigen, der einen moralisch gebotenen, wenngleich vergeblichen Widerstand notwendig macht. Donald Trump ist nicht Adolf Hitler und Nancy Pelosi nicht Claus Schenk Graf von Stauffenberg. Indem man so tut, als wäre Trump ein Anschlag auf die

Verfassung, übernimmt man seine Erzählung: dass es ein gutes und ein schlechtes Amerika gibt mit einem unüberbrückbaren Graben dazwischen.

Der Demokratie wäre am meisten geholfen, wenn nicht jeder politische Winkelzug gleich zum Untergang der Demokratie deklariert würde. Weniger Pathos und mehr Gelassenheit täte allen gut – nicht nur in Amerika.

In einem haben die Demokraten allerdings recht. Es waren die Republikaner, die damit anfangen, das Impeachment zu verwässern, indem sie das schärfste Schwert der wehrhaften Demokratie in ein Instrument des kleinlichen Parteienstreits verwandelten.

Die sexuellen Eskapaden Bill Clintons im Oval Office und sein dosierter Umgang mit der Wahrheit rechtfertigten kein Impeachment. Auch da wurde mit Kanonen auf Spatzen geschossen.

In der Opposition gegen Clinton begannen sich die Republikaner zu radikalieren. Sie stellten die Handlungen des Präsidenten als Verfassungsbruch dar, den es um jeden Preis zu stoppen galt. Damals kam jene polarisierende Rhetorik auf, welche die US-Politik bis heute vergiftet.

### **Politiker denken an sich selbst – das ist normal**

Heute imitieren die Demokraten die Republikaner der neunziger Jahre. Die Anklage gegen Trump ruhte ebenfalls auf wackliger Grundlage. Dass er der Ukraine vorübergehend die Militärhilfe verweigern wollte, ist an sich legitim. Niemand hat einen Rechtsanspruch auf amerikanische Unterstützung.

Zum Verbrechen wurde das Vorgehen in der Lesart der Ankläger, weil es Trump dazu diente, einen persönlichen Vorteil herauszuschlagen. Sein ärgster Widersacher, Joe Biden, sollte geschwächt werden, indem er als Oberhaupt einer raffgierigen Familie denunziert wurde, die von ukrainischer Korruption profitiert.

Das Verhalten des Präsidenten und seiner Helfershelfer war unangemessen. Es hätte aber regulär aufgearbeitet werden können: mit einer Untersuchung im Kongress und bohrenden Fragen der Journalisten.

Wenn es allerdings genügt, dass ein Präsident mehr an seine Wiederwahl denkt als an die Interessen des Staates, um ihn vor Gericht zu zerren, dann ist künftig niemand vor einer Anklage sicher. Denn Politiker denken immerfort an ihre Wiederwahl – und manchmal auch an das Landeswohl.

Alles andere ist eine Fiktion, die als normative Grundlage staatlichen Handelns natürlich unabdingbar bleibt, auch wenn sie wenig mit der Realität zu tun hat. Politiker agieren nun einmal wie alle anderen Menschen selbstsüchtig. Dank Moral, Gesetzen und öffentlicher Kontrolle verwandelt sich der Eigennutz jedoch hoffentlich in etwas, was der ganzen Gesellschaft Nutzen bringt.

### **Warum Gerd Schröder eine internationale Krise vom Zaun brach**

Der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder handelte egoistisch, als er vor der Bundestagswahl 2002 den USA die Solidarität im eskalierenden Konflikt mit Saddam Hussein aufkündigte. Ihm ging es nicht um die Kriegsgründe von Präsident George W. Bush, um die Existenz oder eben Nichtexistenz von Massenvernichtungswaffen, sondern allein um seine Wahlchancen.

Schröder wusste, dass eine Krise Antiamerikanismus und Pazifismus gerade in Ostdeutschland seiner lahmen Kanzlerkandidatur neuen Schwung geben würde. Die Charade wirkte. Dem Kanzler gelang die Wiederwahl. Er setzte die Möglichkeiten seines Amtes ein, um sich einen persönlichen Vorteil zu verschaffen – und dennoch war das ein legitimes politisches Manöver.

Die Trumps kommen und gehen, aber der Schaden für die politische Kultur bleibt. Wer die Schwelle für ein Impeachment zu weit senkt, erhebt den Ausnahmezustand zur Regel. Jede Partei mit einer Mehrheit im Repräsentantenhaus wird fortan das Verfahren einleiten, um einen missliebigen Präsidenten unter Druck zu setzen.

### **Die Mitte radikalisiert sich**

Die Gegner Trumps sollten die langfristigen Folgen ihres Tuns bedenken. In der Politik existiert vieles, was durch Gebrauch entwertet wird. Wer den Plenarsaal unter Protest verlässt, muss irgendwann wieder reinkommen. Wer ständig mit Rücktritt droht, aber nie zurücktritt, macht sich zum Gespött.

Das Notwehrrecht der Demokratie darf nicht der Lächerlichkeit preisgegeben werden, sondern muss das bleiben, als was sie die Verfassungsväter sahen: als absolute Ausnahme. Sonst leidet das Herzstück jeden Staates, seine Legitimität. Wenn seine Rechtsakte als willkürlich, parteiisch oder lächerlich wahrgenommen werden, verlieren die Bürger den Respekt.

Viele Amerikaner beklagen heute die Unversöhnlichkeit der politischen Lager; die längst verlernt haben, einander zuzuhören; die nur noch auf Konfrontation setzen statt auf den Austausch von Argumenten. Wer das Impeachment zum Standard der Auseinandersetzung erklärt, heizt die Polarisierung weiter an.

### **Der innere Friede ist ein hohes Gut**

Wie sollen Demokraten und Republikaner je wieder vernünftig miteinander umgehen, wenn sie in der anderen Seite nur noch Verfassungsfeinde erkennen? Trump hat die seit den neunziger Jahren andauernde Radikalisierung des politischen Diskurses noch einmal verschärft. Das war so töricht wie die Entwertung des Impeachments. Wer aber das eine gegen das andere in Stellung bringt, potenziert das Grundübel, statt es zu bekämpfen. Die USA müssen stattdessen wieder lernen, welch hohes Gut der innere Frieden bedeutet.

Auch in Westeuropa hat der gesellschaftliche Zusammenhalt unter Massenmigration und Krisen wie dem Brexit gelitten. Der legale Ausnahmezustand bildet jedoch zum Glück selbst in einer eingehetzten Schrumpfform nur das letzte Mittel.

Der alte Kontinent hat in Bürgerkriegen, Religionskämpfen und Revolutionen gewaltsam erfahren müssen, dass die Absetzung des Staatsoberhauptes – ob mit der Guillotine oder anderen Mitteln – eine riskante Angelegenheit ist. Hier sind die Europäer wirklich einmal klüger als die Amerikaner.

### **Mehr zum Thema**

[KOMMENTAR](#)

## Der Freispruch im Impeachment-Prozess schafft einen verhängnisvollen Präzedenzfall

Der amerikanische Senat hat sich nicht die Mühe einer ernsthaften Auseinandersetzung mit der Anklage gegen Donald Trump gemacht. Das bestärkt den Präsidenten in seiner Meinung, sich alles erlauben zu können.

Meret Baumann 05.02.2020

## Der Senat spricht Trump frei, nur ein Republikaner stimmt mit den Demokraten für eine Amtsenthebung – neuste Entwicklungen zur Ukraine-Affäre

Der amerikanische Senat hat Präsident Trump am Mittwoch mit klarem Resultat freigesprochen. Der Senat war fast völlig entlang der Parteigrenzen gespalten. Ein prominenter Republikaner, Mitt Romney, hat jedoch mit Trump gebrochen.

Meret Baumann, Andreas Rüesch 05.02.2020



---

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.